

Am tliche s.

Berlin, 23. Januar. Der König hat den Geheimen Regierungsrath und vortragenden Rath im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Kirchhoff, zum Geheimen Ober-Regierungsrath ernannt.

Der König hat dem ordentlichen Mitgliede der Königlich-Altademie der Wissenschaften zu Berlin, Professor Dr. Nathanael Pringsheim, den Charakter als Geheimer Regierungsrath, dem ordentlichen Professor an der Universität zu Greifswald, Dr. Ernst Bierling, den Charakter als Geheimer Justiz-Rath, und den Kreis-Physikern Dr. Eller in Dussum und Dr. Halling in Glückstadt den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen; sowie in Folge der von der Stadtworordneten-Versammlung zu Velbert getroffenen Wiederwahl den bisherigen unbefohlenen Beigeordneten der Stadt Velbert, Uhrmacher Friedrich Wilhelm Niederhoff zu Helligenshaus, in gleicher Eigenschaft für eine fernere Amtsdauer von sechs Jahren bestätigt.

Deutscher Reichstag.

50. Sitzung vom 23. Januar, 11 Uhr.

Die zweite Verathung des Sozialistengesetzes wird fortgesetzt.

§ 11 (Verbot von Druckschriften) wird in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse angenommen, desgleichen § 13 (Aufhebende Wirkung der Beschwerde gegen das Verbot ferneren Erscheinens periodischer Druckschriften) unter Ablehnung eines Antrags Ackermann, nach welchem die Beschwerde keine aufhebende Wirkung haben soll. Die §§ 14—21 der Vorlage werden gleichfalls im Sinne der Kommissionsanträge erledigt.

Zu § 22 (Zusammensetzung der Reichsbeschwerde-Kommission) befürwortet

Abg. Kulemann (nl.) die von der Kommission unverändert gelassene Fassung der Vorlage, wonach diese Kommission künftig statt aus 9, aus 12 Mitgliedern bestehen und diese Mitglieder nicht bloß aus den höchsten Gerichten, sondern auch aus den Verwaltungsgerichten gewählt werden sollen. Diese Neufassung gewähre größere Garantien der Kontinuität und der Unabhängigkeit, als die Bestimmung der früheren Vorlage.

Abg. Grillenberger (Soz.): Wenn es zu diesem Gesetze noch eine dritte Beratung geben sollte, so werden wir ja ausreichend Gelegenheit haben, die bisherige Praxis und die fonderbare Handhabung des Sozialistengesetzes durch diese Reichsbeschwerdekommision zu beleuchten. Auf die neuen Garantien wird anscheinend großer Werth gelegt. Wir geben gar nichts darauf; für uns bleibt die Sache beim Alten. Wir haben gegen die Reichskommision den Vorwurf zu erheben, daß sie die gerechtfertigten Beschwerden in der unangerechnertigsten Weise verschleppt.

Präsident v. Lebedow: Ich muß diesen gegen eine Reichsbehörde erhobenen Vorwurf, daß sie die Beschwerden verschleppe, als unzulässig bezeichnen.

Hg. Grillenberger: Ich habe nicht gesagt, daß die Commission diese Verschleppung in dolofer Weise veranlasse, aber die Thatfache an sich ist so. Indessen bin ich bereit, den Ausdruck zurückzunehmen. Die Erledigung von Beschwerden ist in unverantwortlicher Weise verzögert worden, und es ergibt sich von selbst, daß das bei der Herausgabe von Druckschriften die Vernichtung der Verlagsgeschäfte bedeutet. Wie das mit dem Begriff „Recht“ vereinbar ist, weiß ich nicht. Die Autorität der Behörden wird außerdem dadurch geschädigt, denn im Volke draußen verbreitet sich die Ansicht, daß nicht mehr nach Rechtsgrundsätzen, sondern nach politischen Gesichtspunkten verfahren wird.

§ 23 ordnet das Verfahren in der Reichsbeschwerde-Kommission.

Die Abg. Ackermann und Genossen beantragen den Ausschluß der Öffentlichkeit für die Verhandlung und Entscheidung. Die Kommission will dem Beschwerdeführer die Befugniß verleißen, sich des Bestandes eines Rechtsanwalts zu bedienen oder sich durch einen solchen vertreten zu lassen. Die Abgeordneten Ackermann und Genossen beantragen die Streichung dieser Befugniß.

Abg. Segel (Hpt.) befürwortet diesen Antrag, da eine öffentliche Verhandlung über zu verbotene Druckschriften mit der Tendenz des ganzen Gesetzes in Widerspruch stehe. Entweder sei das Verbot gerechtfertigt, dann dürfe die Beischwerdecommission doch nicht ihrerseits zur Verbreitung der Druckschrift durch öffentliche Verlesung beitragen, oder das Verbot stelle sich als unbegründet heraus, und dann könne ja jedermann sich das Druckerzeugniß kaufen.

Abgeordneter Kulemann (nationalliberal), erklärt sich gegen den Antrag, Derselbe sei geeignet, das Vertrauen der Sozialdemokraten zu dem Gericht noch mehr zu erschüttern, als es bis jetzt schon der Fall sei. Einmal hätte sich herausgestellt, daß in einer großen Zahl von Fällen das Verbot von Druckschriften nicht gerechtfertigt gewesen sei, daß diese Druckschriften also verbreitet werden könnten; weiter aber werde gerade durch die öffentliche Verhandlung und eventuelle Verurteilung den Preßzeugnissen der aufhebende Charakter genommen, so daß sie ihre Wirkung auf die Massen verfehlen würden. Durch die öffentliche Verhandlung, welche ein Weiser des deutschen modernen Prozeßverfahrens sei, werde die Autorität der Behörden nur gestärkt werden.

Minister des Innern Herr Fürh: Ich kann nur bitten, den Antrag Afermann anzunehmen, wie ich überhaupt dringend bitte, alle Anträge zu unterstützen, welche auf die Wiederherstellung der Regierungsvorlage gerichtet sind. Die Kommissionsbeschlüsse gehen entschieden weiter, als die verbundenen Regierungen ihrerseits es für zulässig erachten. Seitdem das Sozialistengesetz ergangen ist, haben die Regierungen im großen Ganzen erkannt, daß das Gesetz keineswegs vermocht hat, die weitere Verbreitung der Sozialdemokratie zu verhindern, aber dazu war es auch weder bestimmt noch geeignet. Das Gesetz war einfach gerichtet gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie und mit seiner Hilfe ist es allerdings möglich geworden, die auf den Umsturz gerichteten, in friedensstörender Weise sich geltend machenden Bestrebungen der

Sozialdemokratie in Schranken zu halten, die Ruhe und Ordnung in der Bevölkerung zu bewahren und einer in gelegwidriger Weise arbeitenden Agitation entgegenzutreten. Das ist jedoch durch Auflösung von Versammlungen, durch Schließung sozialdemokratischer Vereine, durch das Verbot von Druckdriften friedentörenden Charakters, und dazu trat in den besonders bedrohten Orten die Anwendung der Bestimmungen des §28, welche man fursweg als die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes zu bezeichnen pflegt. Mit Hilfe des Gesetzes ist es gelungen, die Ordnung aufrecht zu erhalten und Störungen entschieden entgegenzutreten. Aber das Gesetz hat einen sehr großen Mangel, und dieser liegt in seiner Fristbestimmung. Diese hat die Wirksamkeit des Gesetzes äußerst abgeschwächt und die Agitation, die es gerade verhindern sollte, immer von neuem belebt und genährt. Darum halten es die verbündeten Regierungen für dringend erforderlich, daß das Gesetz als ein dauerndes erlassen werde, und ich hoffe, daß dann das Gesetz eine sehr viel größere Wirksamkeit entfalten wird, mit Rücksicht darauf, daß Gesetz zu einem dauernden zu gestalten, haben die verbündeten Regierungen bei Einbringung der diesmaligen Vorlage für zulässig erachtet, eine Reihe polizeilicher Maßregeln fortan in Wegfall bringen zu lassen und namentlich an die Stelle der an die Aufsichtsbehörde gegebenen Beschränkungen eine vollständige Rechtskontrolle einzuführen durch Zulassung des Verwaltungsstreitverfahrens, beziehungsweise durch Einsetzung eines mit allen Rechtsgarantien ausgerüsteten Gerichtshofes, vor welchem die Sache kontradiktorisch zu verhandeln ist. Aber die verbündeten Regierungen glauben mit ihrer Vorlage auch diejenige Grenze erreicht zu haben, deren Ueberschreitung die Gefahr nahe legt, daß es nicht mehr möglich sein werde, mit den vorhandenen Mitteln den Machinationen der Sozialdemokratie entgegenzutreten, sie glauben, daß eine weitere Abschwächung des Gesetzes die Gefahr bietet, daß nicht mehr wie bisher darauf gerechnet werden kann, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung wirksam aufrecht erhalten werde. Und die Gefahr der auf den Umsturz der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung gerichteten Bestrebungen ist wahrlich nicht zu unterschätzen. Diese Gefahr ist keineswegs zunächst und ausschließlich gegen die Regierung gerichtet. Es ist ja richtig, daß die Sozialdemokratie einen durchaus antimonarchischen Zug hat und daß insofern ihre Bestrebungen auch gegen die Regierung gehen; aber der Hauptaccent liegt bei den Sozialisten auf den übrigen Bestrebungen. Die Bewegung ist im Wesentlichen gegen die kapitalistische Produktionsweise gerichtet, und da sind es nicht die Regierungen, die zunächst Gefahr laufen, sondern es ist die Gesellschaft, es ist das hohe Haus selbst, es sind wesentlich auch diejenigen Parteien, welche die gänzliche Verwerfung der Regierungsvorlage in diesem Hause beantragt haben (Sehr richtig! rechts) und denen gegenüber ich vollständig berechtigt bin, zu sagen: Tua res agitur! (Beifall rechts.) In der letzten Nummer des „Sozialdemokrat“ wird ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie revolutionär sei und ihre Ziele durch fortwährende Steigerung des Klassenkampfes zu erreichen beabsichtigt sei. Die Sozialdemokratie unterscheidet sich von allen anderen politischen Parteien dadurch, daß sie die Grundlagen des Staates bekämpft, während alle anderen Parteien auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung stehen. (Sehr richtig! rechts.) Die Sozialdemokratie negiert die Grundlagen des modernen Staates, und es wäre eine Art Selbstmord, wenn dieser Staat denjenigen, welche auf seine Vernichtung ausgehen, politische Rechte, auf denen die Grundlagen des Staates beruhen, sichern wollte. (Zustimmung rechts.)

Es liegt deshalb kein Grund vor, eine weitere Abschwächung der Vorlage vorzunehmen. Unbewußt und latent schlummern in jeder sozialdemokratischen Versammlung die Keime des Aufruhrs. Die Führer üben durch ihre Person und ihre Schlagworte auf die große Masse ihrer Anhänger einen gewissen Zauber aus, deswegen sind sie doch noch keineswegs große Zauberer, sie vermögen wohl die Geister zu rufen, aber sie vermögen sie nicht wieder zu bannen, und wenn sich die Massen in Bewegung setzen und den Versuch machen, mit ungleichlichen Mitteln ihre Ideen in Wirksamkeit zu setzen, dann werden die Führer selbst mitgerissen werden, dann wird es heißen: Du glaubst zu schieben und Du wirst geschoben. (Sehr richtig! rechts.) Alle Versuche, die Masse in gesetzlicher Ordnung zu halten, werden dann vergebens sein. Die Führer befinden sich in der Lage des Zauberklehrlings, der die Geister, die er rief, nicht wieder los wurde. (Beifall rechts.)

Hierauf wird der Antrag Adersmann abgelehnt, und § 23 in der Kommissionsfassung angenommen.

Die Kommission beantragt, diesen Paragraphen zu streichen.

Abg. Dr. Buhl (nl.): Wir sind bereit, dem Staat die nöthigen Garantien zu geben gegen sozialdemokratische Störungen des Friedens und der öffentlichen Ordnung, und wir erkennen mit dem Herrn Staatsminister Herrfurth gern an, daß die Bestimmungen über die Presse, über das Vereinswesen und die Versammlungen als die wichtigsten des Gesetzes erscheinen, und wir sind entschlossen, hierin die Regierung nachdrücklich zu unterstützen. Des weiteren erkennen wir gern an, daß die Fristbestimmung für die Wirksamkeit des Gesetzes eine Schädigung gewesen ist, und haben uns demnach entschlossen, das Gesetz als ein dauerndes zu bewilligen, in dem Sinne dauernd, bis es durch die Uebereinstimmung der gesetzgebenden Faktoren möglich erscheint, das Gesetz wieder aufzuheben. Denn darauf hoffen wir allerdings, daß in einer nicht zu fernem Zukunft die Arbeiterverhältnisse bei uns sich beruhigt haben werden, daß wir auf ein derartiges Gesetz überhaupt verzichten können.

Bei dem vorliegenden Ausweisungsparagraphen können wir nun allerdings den Anschauungen der verbündeten Regierungen nicht folgen. Ich habe zunächst darauf hinzuweisen, daß die Ausweisungen dadurch, daß sie in ein dauerndes Gesetz aufgenommen werden sollen, einen ganz anderen Charakter bekommen, als in der seither bestehenden Gesetzgebung, wo uns durch die alle zwei Jahre nothwendig werdende Neubewilligung des Gesetzes eine wichtige Kontrolle der bisherigen Handhabung gegeben war, die nun wegfällt. Daß unser Standpunkt ein korrekter ist, dafür berufen wir uns außerdem auf die Motive selber, mit denen 1888 erst die verbündeten Regierungen selber die Verlängerung des Sozialistengesetzes verlangten, und in denen ausdrücklich das Ge-

gefährliche und Bedenkliche der Ausweisungen betont wurde, insofern die Ausgewiesenen die gefährliche sozialdemokratische Agitation sofort in andere Kreise, in ihre neuen Wohnsitze hineintrugen, die davon bislang verhältnismäßig unberührt geblieben seien; und was hier die Regierungsmotive selber zugeben, wird durch unsere Erfahrungen vollaus und durchweg bestätigt. Es sind uns eine Reihe von Fällen bekannt, wo durch die Ausweisung der Agitatoren die Agitation an den betreffenden Orten nicht aufgehört hat, daß dagegen neue Agitationsherde an den Orten geschaffen sind, wo sie sich hingewandt haben. Wir mußten nach den bisherigen Erfahrungen glauben, daß der Schaden, der hierdurch entsteht, ein größerer sei, als wenn die Leute an ihrem bisherigen Wohnsitze geblieben wären. Es kommt hinzu, daß an den Orten, von wo die Ausweisungen erfolgen, doch eine weit besser organisierte Polizei besteht, als an den kleinen Orten, wohin sich die Agitatoren wenden. Aus allen diesen Gründen halten wir es für zweckmäßig, die Ausweisungsbefugnis abzulebuen. Einen Einwand haben wir nicht in der Kommission als schwerwiegend annehmen müssen, daß nämlich die plötzliche Rückkehr einer großen Schaar der Ausgewiesenen eine besondere Gefahr biete für die großen Centren. Dem gegenüber haben wir schon in der Kommission einen Ausweg vorgeschlagen, daß man für eine gewisse Uebergangszeit die Erlaubniß zur Rückkehr von der Genehmigung der Landespolizeibehörde abhängig macht.

Wenn wir Sie also auch bitten, bei der Ablehnung des § 24 stehen zu bleiben, wollen wir und können wir damit keine Ablehnung des Gesetzes zumuthen. Wir haben jederzeit betont, daß unsere Partei von der Gefahr der Sozialdemokratie überzeugt ist. Wir fühlen wie jede andere Partei des Hauses die Verpflichtung, den Staat gegen die revolutionären Tendenzen der Sozialdemokratie zu schützen. Aber wir glauben, in dieser Frage nach den bisherigen Erfahrungen der Allgemeinheit besser zu dienen, wenn wir die Ausweisungsbefugniß nicht wieder in das Gesetz aufnehmen. (Beifall.)

Abg. v. Heildorff (konf.): Im Gegentheil zu dem Vorredner halten wir die Ausweisung für nothwendig, um das Gesetz wirksam zu erhalten. Die Bestrebungen mit Untergrabung der Gesellschafts- und Staatsordnung können vom Staate niemals geduldet, sondern müssen mit aller Schärfe bekämpft werden. Das Sozialistengesetz ist vom Abg. Singer als ein eiserner Reifen bezeichnet worden, der die Partei zusammenhalte. Es soll ihnen dienen, die eine Richtung ihrer Partei, welche ihnen unbequem ist, niederzuhalten, nämlich die Anarchisten. (Sehr richtig! rechts.) Ueber den Zusammenhang von Anarchismus und Sozialdemokratie hat Herr Singer gestern bemerkenswerthe Zugeständnisse gemacht, indem er die Anarchisten als eine berechtigte Partei und eine politische Ueberzeugung hingestellt hat. (Hört, hört! rechts.) Ohne Maßregeln gegen gewerbsmäßige Agitatoren ist das Gesetz unvollständig. (Sehr richtig! rechts.) Gegen die geistigen Ideen der Sozialdemokratie kann eine solche Maßregel allerdings nichts fruchten. Da muß die Gesetzgebung Fürsorge für die Arbeiter und diejenigen Klassen treffen, welche sich sonst der Sozialdemokratie zuwenden, z. B. durch Arbeiterschutzgesetze. Ich hoffe bestimmt, daß dem nächsten Reichstag Vorlagen in dieser Beziehung gemacht werden. (Zustimmung rechts.) Zu solchen prophylaktischen Maßregeln gehört auch die Stärkung der Autorität. (Sehr wahr! rechts), und da ist in letzter Zeit viel gesündigt worden.

Vergeßen Sie doch nicht den internationalen Charakter der Sozialdemokratie, welche alle gegen den einzelnen Staat gerichtete Bestrebungen doppelt gefährlich macht. (Sehr richtig! rechts.) Um so mehr wäre die Herstellung eines Gesetzes mit unzureichenden Mitteln ein schwerer politischer Fehler. Eine energische, die Autorität stärkende Gesetzgebung muß das Umhircgreifen der Ideen auch auf den noch gesunden Theil der Bevölkerung verhüten. (Zustimmung rechts.) Würde der Reichstag eine Abschwächung des Gesetzes annehmen, so würde er damit erklären, daß die Regierung keine schärferen Maßregeln im Kampfe gegen die Sozialdemokratie braucht. Wir würden ihr damit alle Kräfte nehmen, in Zukunft mehr zu verlangen. Für uns giebt es nur eine Möglichkeit, das Gesetz auch ohne Ausnahmestimmung anzunehmen. Das ist, wenn die Regierung ausdrücklich erklärt, daß sie das abgeschwächte Gesetz gebrauchen kann (Hört, hört! links), denn nicht wir regieren, sondern die Regierung. Erfolgt hier die Erklärung, dann werden wir für das Gesetz auch ohne Ausweisungsbefugniß stimmen, erfolgt diese Erklärung nicht, dann werden wir das Gesetz ablehnen. (Beifall rechts.)

Hr. Abg. Dr. Windthorst (Centr.) (auf der Tribüne sehr schwer verständlich). Es wäre mir sehr lieb gewesen, wenn die Regelung der Angelegenheit dem neuen Reichstag überlassen worden wäre, damit wir bei der Berührung zwischen uns und den Wählern im Lande erst einmal sehen, wie die allgemeine Stimmung ist, um so mehr, da nach der heutigen Erklärung der Nationalliberalen ja so wie so an den Zustandskommen des Gesetzes nicht zu denken ist, sofern die Regierung bei ihrer bisherigen Haltung verharret. Die Ausweisungen als dauernde Institution zu billigen, fällt Niemandem meiner Freunde ein. Dafür werden auch diejenigen nicht stimmen, die sich schon wiederholt bereit finden ließen, vorübergehend auf kurze Zeit diese Vollmacht zu gewähren. Wir fürchten auch nicht, dießhalb von unseren Wählern im Lande desavouirt zu werden, vielmehr würde eine andere Stellungnahme von uns bei unsern Freunden im Lande Anstoß erregen, denen es noch sehr wohl erinnerlich ist, wie man gegen uns als eine Minoritätspartei seiner Zeit Ausnahmegesetze gemacht hat. Wir fordern gleiches Recht für Alle. Mehr und mehr wird heute erkannt, daß die Ausweisungen ihren Zweck durchaus nicht erfüllt haben, daß sie vielmehr dazu beigetragen haben, den sozialdemokratischen Irrlehren durch die Ausgewiesenen in immer weiteren Kreisen Eingang zu verschaffen. Ich glaube, ohne die Thätigkeit der Ausgewiesenen in ihren neuen Wohnsitzen ständen wir auch nicht einer so ausgedehnten Arbeiterbewegung gegenüber, wie es heute der Fall ist. Ich halte die Lehren der Sozialdemokratie für durchaus bedenklich und wünsche sie zu bekämpfen; andererseits dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn ihre Lehren in immer weiteren Kreisen Verbreitung finden bei der Strömung, welche unsere Zeit beherrscht. Die Lehren klingen ja für Viele recht verlockend, welche dabei ganz übersehen, daß

Die eben nicht ausführbar sind, und leider bleibt es dann bei Wälen bei den theoretischen Erklärungen und Erörterungen nicht. Wir stehen in der That einer Gefahr gegenüber, wenn auch die sozialdemokratischen Herren hier erklären, daß sie den anarchistischen und revolutionären Bestrebungen ablehnend gegenüberstehen. Unzulässig ist das Verhalten nur, wenn sie ihre Ziele durch Gewalt erreichen wollen. Die Herren behaupten immer, daß sie keine Anarchisten seien, aber dann müssen sie auch mit viel größerer Entschiedenheit gegen die Anarchisten Front machen. (Sehr richtig.)

Meine Freunde und ich haben stets hervorgehoben, daß wir entschiedene Gegner der Sozialdemokratie waren, sind und bleiben werden. Aber es giebt viele Leute im Lande, die, wenn sie auch vielleicht selbst nicht daran glauben, doch ein Interesse daran zu haben glauben, zu behaupten, daß wir der Sozialdemokratie nicht feindlich gegenüberstehen. Diese Verleumdung weise ich auch hier auf das energischste zurück. So lange die Sozialdemokraten allerdings ihre Ideen auf dem Wege der Reform, der ruhigen gesetzgebenden Gewalt verfolgen, können wir ihnen auch mit Ideen gegenüberstehen, und da bin ich überzeugt, daß in erster Linie die Schule, auch das höhere Unterrichtswesen und die Universitäten berufen sind, den Kampf aufzunehmen. Bessern wir das Schulwesen. Dann haben wir auch dafür zu sorgen, daß die Religion erhalten wird, wo sie noch ist, und wiederhergestellt wird, wo sie nicht mehr ist. Die Staatsmänner der Gegenwart scheinen allerdings die Religion für den Staat als ein Uebel anzusehen: daher kommt es, daß die freie Bewegung der Kirche so eingengt ist. Die katholische Kirche hat bewiesen, daß sie mit Erfolg der Sozialdemokratie entgegenzutreten vermag; bis in die neueste Zeit haben Sie in den katholischen Gegenden keine Sozialdemokraten gefunden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Wenn sie sich jetzt auch in einzelnen katholischen Gegenden bemerkbar macht, so sind die Hauptführer doch von außerhalb eingewandert. Es sollte mich aber gar nicht wundern, wenn sie allmählich auch in diesen Gegenden an Umfang gewinnt. Das wäre die Folge der kirchlichen Wirren, welche die Regierung in Preußen zu stiften den Muth gehabt hat. Hierin ist zwar eine Besserung, aber noch nicht völlige Umkehr eingetreten. Gebt uns die Freiheit unserer Kirche und die kirchlichen Organe zurück, dann werden die Dinge in Deutschland besser werden. (Beifall im Zentrum.)

Ein weiteres Mittel ist die Ausdehnung der Arbeiterschutzesgebung. Ich freue mich, daß auch Herr v. Hellborn heute dafür eingetreten ist. Im nächsten Reichstag muß sofort nach den Neuwahlen eine Arbeiterschutzesgebung im ganzen Umfange der Beschlüsse des Reichstags vorgelegt werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Reichskanzler kommt ja heute Abend, und eine bezügliche Erklärung kann abgegeben werden. Eine solche Erklärung würde auch im Sinne der Kartellparteien nützlich auf die Wahlen einwirken. Der Reichstag müßte etwa zum 20. März einberufen werden, lediglich um diese Schutzgesetzgebung zu machen. Das ist notwendig gegenüber der großartigen Bewegung, welche die Arbeiterwelt nach den Beschlüssen in Paris ergriffen hat. Kümmerst du dich der Reichskanzler darum nicht? Dieser Bewegung gegenüber würden wir wahrscheinlich zu spät kommen, aber wenigstens muß alles gethan werden, um sofort am 20. März mit den Arbeiten zu beginnen. (Zustimmung im Zentrum.)

Herr v. Kardorff (Rp.): Herr Windthorst meint, die Richtung der modernen Zeit, die doch auch in der sozialpolitischen Gesetzgebung ihren Ausdruck findet, verschulde das Anwachsen der Sozialdemokratie mit. Ja, vor der Regierung hat doch schon die katholische Kirche sich der sozialpolitischen Bewegung zugewandt, hat denn darum z. B. Bischof Ketteler von Mainz die Sozialdemokratie unterstützt? Aber als alleiniges Heilmittel gegen die Sozialdemokratie soll man uns andererseits die katholische Kirche auch nicht preisen; in Frankreich war die Schule durchweg in den Händen der Geistlichen, und doch, welche ungünstigen Resultate sind dort erzielt worden! Mit Herrn Windthorst erlaube ich die große Wichtigkeit der Arbeiterschutzesgebung als Gegengift gegen die Sozialdemokratie an, aber bis zum 20. März wird er wohl selber keine neue umfassende Vorlage erwarten wollen. Was die Stellung meiner Freunde zu der Vorlage angeht, so stehen wir zum Theil dem Standpunkte des Abgeordneten v. Hellborn nahe, zum Theil dem des Abg. v. Buhl. Ich persönlich halte die Ausweisungen für sehr bedenklich. Manche andere Bestimmung des § 24 scheint mir eine wirksamere Waffe als die Ausweisung. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß bis zur dritten Lesung sich doch noch eine Verständigung innerhalb der Majorität wird erzielen lassen. Eine Lösung würde ich aber nicht empfehlen, welche auch von gewisser Seite vorgeschlagen ist, nämlich das Gesetz als solches dauernd und die Ausweisungsbefugniß auf eine Reihe von Jahren zu bewilligen. Damit wäre nichts gebessert, alle Bedenken, die mit Recht heute erhoben werden können, würden fortbestehen bleiben.

Damit ist die Debatte erschöpft. Der Antrag Ackermann auf Wiederherstellung des von der Kommission gestrichenen Ausweisungsparagraphen wird abgelehnt. Dafür stimmen nur die Deutschkonserwativen und ein Theil der Reichspartei.

Die Debatte geht hierauf über zu Artikel I: Dauernde Gestaltung des Gesetzes unter Beseitigung des kleinen Belagerungszustandes.

Abg. Dr. Reichensperger (Zentr.) wendet sich dagegen, daß der Reichstag, nachdem er erst vor ganz kurzem das Expatirungsgesetz von 1874 aufgehoben habe, nun wieder ein dauerndes Ausnahmengesetz beschließen solle. Man könne schon deswegen gegen die Sozialdemokratie nicht mit solchen Ausnahmengesetzen vorgehen, weil doch die neuere Reichsgesetzgebung eine ganze Reihe sozialistischer Ideen praktisch verwirklicht habe.

Abg. Mundel (Hr.): Die Abschwächungen und Aenderungen des Sozialistengesetzes sind in ihrer Unbedeutendheit für uns wirklich kein Kaufpreis, um dafür ein solches Gesetz als ein dauerndes bewilligen zu können. Gegenüber dieser dauernden Gestaltung tritt alles Andere zurück, sie ist das Charakteristische gegenüber dem bisherigen Gesetze. Wenn man in einer Stunde der Beschürzung, wie nach den Aktenstücken von 1878 es, wenn auch nicht rechtfertigen, so doch entschuldigen könnte, daß ein solches Gesetz gegeben werden könnte, daß man eine Ungleichheit zwischen den Bürgern des Reiches schuf, weil es sich um eine außerordentliche Gefahr und eine vorübergehende außergewöhnliche Vollmacht gegen diese gehandelt habe, so trifft das jetzt bei der Regierung nicht mehr zu; denn haben wir die Zeitbestimmung auf, dann hört damit das Gesetz auf, ein Ausnahmengesetz zu sein. So sind wir denn zum ersten Male vor die Frage gestellt: Sollen wir das, was wir alle bisher als etwas hoffentlich möglichst bald Wegfallendes betrachtet haben, für alle Ewigkeit erhalten? Und da muß ich denn doch sagen: Wie kommt gerade dieser Reichstag dazu, dessen Dauer die denkbare kürzeste ist — denn ich hoffe, daß wir übermorgen nach Hause gehen werden —, wie kommt dieser Reichstag, von dem viele namhafte Mitglieder glauben, daß wir viele Mitglieder nicht wiedersehen werden, dazu, mit einer solchen Entscheidung betraut zu werden? Wir haben heute die Meinung, daß die Majorität des Reichstages kaum noch getragen wird von der Majorität der Bevölkerung. (Widerspruch rechts.) Wie kommt nun dieser Reichstag dazu, die letzten Stunden seiner Wirksamkeit auszunutzen, um Volk und Land mit einem Gesetze zu beglücken, von welchem voraussichtlich die Mehrheit des Volkes nichts wissen will? Denn diesen Glauben habe ich allerdings, weil ich zu dem gesunden Sinne des Volkes Vertrauen habe. Ich glaube nicht, wie es bisher alle Gegner der Vorlage gethan haben, mich erst damit entschuldigen zu müssen, daß

ich ein Gegner der Sozialdemokratie bin. Das versteht sich von selbst. Ich bin ein Gegner des Gesetzes, nicht als Freund der Sozialdemokratie, sondern als Freund der Gerechtigkeit in der Gesetzgebung. Für die Aufrechterhaltung der Autorität des Staates bin ich wie jeder Andere, aber ein Gesetz, das verschiedene Rechte schafft für die verschiedenen Kategorien des Volkes, ist mir unannehmbar und das Unrecht, was mit diesem Gesetz in die Gesetzgebung eingeführt werden soll, werden Sie durch alle sogenannten Rechtsgarantien nicht schmälern können. (Beifall links.)

Man führt Zweckmäßigkeits- und Rechtsgründe für das Gesetz an. Die einen sind so verwerflich wie die anderen. Zweckmäßigkeitsgründe: man sagt, ohne das Gesetz wäre die Sozialdemokratie erheblich mehr gewachsen, als sie gewachsen ist. Ja solche Dinge lassen sich doch nicht beweisen. Das gehört in das Gebiet des Glaubens. Ich meine, wenn die Sozialdemokraten sehen, wie man ihre Führer verfolgt und verbannt, so müssen sie doch glauben, daß etwas besonders Kostliches dahinter steckt. Das ist eben die Geschichte mit den Märtyrern! Ideen muß man mit Ideen bekämpfen, man kann sie nicht mit Knütteln todt schlagen. Also die Zweckmäßigkeit des Gesetzes weisen Sie nur erst nach.

Ueber den Ausweisungs-Paragraphen haben wir heute ganz wunderliche Urtheile gehört. Die Nationalliberalen sagen, der Ausweisungs-Paragraph hat mehr geschadet als genutzt. Was Sie von § 24 behaupten, das behaupten wir von allen Paragraphen des Gesetzes. Auch 1793 in der französischen Revolution hielt man es für zweckmäßig, die eine Hälfte des Volkes zu köpfen, damit die andere leben könne. Das war ein revolutionärer Gedanke, und in diesem Sinne ist das vorliegende Gesetz hochrevolutionär. Nehmen wir aber auch an, das Gesetz sei zweckmäßig und wirksam, es würde den Kampf nicht verbittern, sondern erlebigen — sind wir denn berechtigt, alles das zu thun, was uns zweckmäßig scheint? Der Minister sprach das denkwürdige Wort: Die Sozialdemokraten negiren den Boden der staatlichen Ordnung, folglich stellen wir sie auch außerhalb der staatlichen Gesetze. Was heißt den Boden der staatlichen Ordnung negiren? Das ist sehr vieldeutig. Als in Nordamerika der Sklavenkrieg begann, nahm man in den Südstaaten an, daß diejenigen, welche die Sklaverei aufheben wollten, die Grundlagen der staatlichen Ordnung negiren. Als man 1806 bis 1810 in Preußen an die Reorganisation der ganzen Gesellschaft ging, da nahmen gewisse Kreise an, daß, wer an die feudalen Rechte taste, die Grundlage der staatlichen Ordnung negire. Als wir vor wenigen Jahren den Kulturkampf hatten, nahm man an, daß das Centrum mit manchen von seinen Religions- und sonstigen Forderungen die Grundlagen der staatlichen Ordnung negire. Und oftmals haben wir aus dem Munde des Reichskanzlers gehört, wie er fast alle Parteien der Reife nach zu Reichsfeinden erklärte — er war sehr freigebig mit dieser Bezeichnung, ich hätte beinahe gesagt, „liberal“, wenn ich nicht wüßte, daß jede liberale Neigung dem Reichskanzler fremd ist — (Seiterkeit links) wer will also darüber urtheilen, was die Grundlage der staatlichen Ordnung ist. Derjenige, welcher in der Gewalt ist. Ein Anderer kommt nach ihm und er findet vielleicht, daß sein Vorgänger vielleicht die staatliche Ordnung negirt hat. (Seiterkeit.) Wo hört die Reform auf, wo fängt die Gewalt an? In welche würdelose Lage kommt aber auch der Staat! Weil einzelne Menschen sich erlauben, die Grundlagen der Rechtsordnung zu verneinen, deshalb soll der Staat dasselbe thun, den ich doch für anständiger halten muß! Auch er soll die Grundlagen aller Rechtsordnung, das gleiche Recht für Alle, negiren dürfen — bloß aus dem Grunde: kommt ihr mir so, dann komme ich euch eben so! Ist das die Stellung eines christlichen, deutschen Staates zu seinen Bürgern? Nein, wenn jemand bei uns die Staatsordnung negirt, so wird er auf Grund der bestehenden Rechtsordnung bestraft; aber der Staat kann ihm gegenüber seinerseits keine Rechtsnorm nicht negiren. Der Staat kann nicht sagen: jemand hat etwas gestohlen, nun soll ihm von Staatswegen wieder etwas gestohlen werden. (Seiterkeit.) Gedanken sollen doch nach Aller Wunsch straffrei sein, rechtswidrige Handlungen aber sind schon nach dem gemeinen Recht strafbar. Danach ist auch die Agitation, so lange sie in Gedanken bleibt, straffrei, und da wir für den Fall, daß sie in rechtswidriger Weise sich breit macht, auch sonst Strafparagraphen gegen sie haben, so soll es das Sozialistengesetz mit dem Zwischenglied mit dem allmählichen Heranwachsen des Gedankens zu thun haben. Aber es ist schon schwierig, Thaten festzustellen, selbst für das so erleuchtete Reichsgericht (Seiterkeit), zu welchen Zuständen führt es nicht da erst, die Feststellung von Thatsachen zwischen Gebante und That dem Ermessen des Schutzmannes zu überlassen? Was da herauskommt, wird mehr oder minder Willkür sein müssen.

Sie wollen ja auch weniger den Sozialdemokraten treffen, als den Reichsfeind in ihm. Die Reichsfeindschaft ist das Wesentliche, ich weiß aber nicht, ob nicht selbst bei den Nationalliberalen sich Staats- und Reichsfeindschaft finden läßt, was unter das Sozialistengesetz fällt. Und ich denke, vor dem Vorwurf der Reichsfeindschaft sind auch die Herren rechts unter Umständen nicht unbedingt geschützt. Was dann für einen Reichsfeind eines recht ist, das könnte nachher für den Andern schließlich doch billig sein. Es wäre ja selbst möglich, daß man einmal die Agitatoren für Kornzölle als höchst gefährliche Menschen hinstellt (Seiterkeit), und da denken Sie sich einmal die Bestimmungen eines solchen Gesetzes auf solche anständige Kreise ausgebeutet. (Seiterkeit.) Ja, Sie denken immer, Sie können mit den Sozialdemokraten umgehen, wie mit einem corpus vile. (Sehr gut! links.) Aber denken Sie sich doch einmal, ein solches Gesetz mit solchen dehnbaren Bestimmungen sei auch gegen Sie (rechts) anwendbar, dann würden Sie es untraglich finden, und Sie hätten Recht. Denn es ist in der That unerträglich, und wer Sinn für die Autorität des Staates, für Recht und Gesetz sich bewahrt, der muß es bedauern, wenn durch ein solches Gesetz in vielen Hunderttausenden von Staatsbürgern der Eindruck hervorgerufen werden muß: uns betrachtet man als Varias. Ich glaube, die Million sozialdemokratischer Stimmen wird bei den nächsten Reichstagswahlen ja gewiß überschritten werden. Und nun bedenken Sie die fittliche Wirkung, die es hat, wenn der Kampf derart vergiftet wird, wenn Sie in jedem Wähler die Ueberzeugung durch eine Gesetzgebung erwecken: ich wähle jetzt im bewußten Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. Wirklich, meine Herren, wenn diese Leute noch keine Reichsfeinde sind — mit einem solchen Gesetz züchten Sie die Reichsfeinde künstlich. Das sind keine Medikamente mehr, sondern nach dem Spruche: „quod medicamentum non sanat, ferrum sanat, quod ferrum non sanat, ignis sanat!“ sind sie in Feuer und Schwert verwandelt worden. Wir können Ideen nur mit Ideen bekämpfen, und ist das deutsche Volk noch gesund, dann werden die gesunden Ideen über die Kranken siegen.

In letzter Stunde möchte ich noch an den Reichstag die Mahnung richten, hüten Sie sich, daß man nicht einmal von diesem Reichstag sagt, er war konsequent von Anfang bis zu Ende. Aus einem Akte unbegründeter Besorgniß hervorgegangen, hat er mit einem Akte unbegründeter Besorgniß sein Ende genommen. (Behafter Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. Kulemann (natl.): Die sozialdemokratische Partei steht prinzipiell auf einem andern Boden als alle anderen Parteien, und es ist naiv, zu verlangen, daß der Staat Leuten gegenüber, die seine Grundlagen untergraben, die Rechtsordnungen umstürzen wollen, den Boden des gleichen Rechts für Alle nicht verlassen soll. Es ist ein furchtbarer Unterschied, ob ein Einzelner sich gegen die staatlichen Gesetze auflehnt, oder eine Partei, die eine Million Anhänger zählt. (Sehr richtig! rechts.) Die auf dem Boden der bestehenden

Ordnung lebenden Parteien dürfen dem Staat darum mit ruhigem Gewissen diejenigen Waffen geben, die allein geeignet sind, sich dieser Umsturzbestrebungen zu erwehren. Ein solches Gesetz ist also gerechtfertigt. Nun soll es aber ein Ausnahmengesetz sein, welches auf die Dauer nicht gegeben werden darf. Das bestreite ich zunächst. Auch in anderen Ländern sind dauernde Ausnahmengesetze gegeben. Fällt einmal der Grund für das Gesetz fort, dann kann es als unnötig aufgehoben werden. Aber der Ausnahmeharakter ist jetzt dem Gesetz nicht mehr aufgetragen. Die einzige Bestimmung, welche eine wahre Ausnahmebestimmung ist, war die Ausweisung. Fällt diese fort, so weicht das Gesetz von dem gemeinen Recht fast nicht mehr ab. Verbot von Versammlungen, Flugchriften u. s. w. sind auch gemeinrechtlich möglich.

Die Sozialdemokratie saugt jetzt ihre Kraft und Existenz daraus, daß sie als Vorwand für gesunde Arbeiterbestrebungen benützt wird. In Bochum ist ein Sozialdemokrat als Reichstagskandidat aufgestellt worden, weil ein anderer Arbeitervertreter nicht zu finden war. Das ist typisch für die ganze Bewegung. Mit der Zeit wird eine Scheidung der extremen Elemente, die im besten Falle Phantasten sind, und derjenigen Arbeiter eintreten, welche gesunde Ideen verwirklichen wollen. Die Leute dürfen wir durch ein scharfes außerhalb des gemeinen Rechts stehendes Ausnahmengesetz nicht in die Reihen der Sozialdemokratie zurückstoßen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Damit schließt die Debatte. Ueber die Frage einer dauernden Gestaltung des Sozialistengesetzes wird auf Antrag des Abg. Singer namentlich abgestimmt. Die Beschränkung der Geltungsdauer wird mit 166 gegen 111 Stimmen gestrichen, also das Gesetz als dauerndes bewilligt. Dafür stimmen die Kartellparteien mit Ausnahme des Abgeordneten Seidlmayr.

Die sonstigen Bestimmungen des Gesetzes werden debattelos nach den Kommissionsvorschlägen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Schluß der dritten Berathung des Stats, Anleihegesetz, Antrag betr. die Kohlentarife.) Schluß 3 1/2 Uhr.

Deutschland.

* Berlin, 23. Jan. Nach dem Verlauf der heutigen Berathung des Sozialistengesetzes ist man in parlamentarischen Kreisen der Ansicht, daß die Aussichten auf das Zustandekommen des dauernden Gesetzes sich erheblich gebessert haben. Die Nationalliberalen haben freilich keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie in der Frage der Ausweisungsbefugniß an ihren bisherigen Beschlüssen festhalten werden. Als einziges Zugeständniß bezeichnete Dr. Buhl die Annahme der Bestimmung, daß für eine kurze Zeit der Zeitpunkt der Rückkehr der Ausgewiesenen der Bestimmung der Polizeibehörden unterliegen solle. Minister Herrfurth, der freilich schon vorher bei der Berathung über die Oeffentlichkeit der Verhandlungen der Beschwerdekommision erklärt hatte, die Regierungen könnten in der Abschwächung des Gesetzes nicht weiter gehen, nahm an den Verhandlungen über den Ausweisungsparagraphen mit keiner Silbe Theil. Um so auffälliger war es, daß der Redner der Konservativen Freiherr v. Hellborn sich zu der Erklärung veranlaßt fand, die Partei werde auch für das Gesetz ohne Ausweisungsbefugniß, deren Wiederherstellung sie beantragt hatten, dann stimmen, wenn die Regierungen sich zur Annahme der Vorlage bereit erklärten. Wenn die Regierungen, wie man bisher annahm, entschlossen wären, selbst ein dauerndes Gesetz nur unter Aufrechterhaltung der Ausweisungsbefugniß anzunehmen, würde die Erklärung der Konservativen gar keinen Sinn haben. Die Konservativen müssen Grund haben anzunehmen, daß die Regierung schließlich so großen Werth darauf legt, das Gesetz wie es heute beschloffen ist, als ein dauerndes zu erhalten, daß sie schließlich auf die Ausweisungsbefugniß, die sie ohnehin auf die Dauer nicht erhalten würde, lieber ganz verzichtet. Durch Ablehnung der jetzigen Beschlüsse einen Wechsel auf den nächsten Reichstag zu ziehen, wäre um so bedenklicher als gerade dadurch, daß die Agitation geworfen wurde, die Wahlausichten der Kartellparteien in Frage gestellt würden.

Der Kaiser und die Kaiserin unternahmen am heutigen Vormittag zunächst erst wieder einen gemeinsamen Spaziergang in den Promenaden des Thiergartens. Von dort zurückgekehrt, hatte der Kaiser eine Konferenz mit dem Kriegsminister und arbeitete demnächst mit dem Generallieutenant v. Hahnke. Morgen Vormittag werden der Kaiser und die Kaiserin sich von hier nach Potsdam begeben, woselbst auf Befehl des Kaisers um 10 Uhr im Bronce-Saal des königlichen Stadtschlosses daselbst die Nagelung und Weihe der dem Regiment der Gardes du Corps verliehenen neuen Standarte stattfindet.

Die Kaiserin besuchte gestern das Augusta-Hospital und verweilte später auch längere Zeit im Paul-Gerhardt-Stift.

Die Kaiserin Friedrich stattete gestern der Oberhofmeisterin weiland der Kaiserin Augusta Gräfin Perponcher einen längeren Besuch ab und empfing gestern den Kommandeur des 2. Leib-Husaren-Regiments (Kaiserin Nr. 2) in Posen, Oberstleutnant v. Hoesel er. Am heutigen Vormittag ertheilte die Kaiserin Friedrich wiederum mehrere Audienzen.

Der Großherzog von Baden empfing am heutigen Vormittag die Söhne des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Frhrn. v. Franckenstein. Gegen Mittag begab sich der Großherzog nach dem hiesigen Kultusministerium und verweilte dort längere Zeit beim Minister Dr. v. Gösler. Die Großherzogin von Baden hatte gestern Mittag eine Ausfahrt nach Charlottenburg gemacht und dort das Mausoleum besucht, wo dieselbe längere Zeit verweilte. Später stattete die Frau Großherzogin der Kaiserin Friedrich einen Besuch ab.

Ob der Reichskanzler an der Sonnabend Sitzung sich noch betheiligen wird, ist nach der „Kreuzzeitg.“ ungewiß; „ziemlich allgemein aber wurde es bezweifelt, nachdem bekannt geworden, daß seine für Donnerstag ursprünglich in Aussicht genommene Abreise von Friedrichruh wieder verschoben worden ist.“

— Die im „Reichsanzeiger“ zur Veröffentlichung gelangte Generalakte der Samoa-Konferenz bestimmt bezüglich der Wiedereinsetzung Malietoa's Folgendes:

Um Frieden und gute Ordnung auf den gedachten Inseln baldmöglichst wieder herzustellen, und im Hinblick auf die Schwierigkeiten, welche eine Königswahl bei dem gegenwärtigen ungeordneten Zustande der dortigen Regierung haben würde, wird ferner bestimmt, daß Malietoa Laupepa, welcher früher, am 12. Juli 1881 als König eingesetzt und von den drei Mächten anerkannt worden war, hinfür wieder als solcher in der Ausübung dieser Würde anerkannt werden soll, sofern nicht die drei Mächte übereinstimmend anders bestimmen; sein Nachfolger soll ordnungsmäßig gewählt werden in Gemäßheit der Gesetze und Gewohnheiten von Samoa.

Die Erklärung über Einsetzung eines „Oberrichters von Samoa“ lautet:

Um die richterliche Unabhängigkeit und die gleiche Berücksichtigung aller Theile ohne Ansehen der Nationalität zu sichern, wird vereinbart, daß der Ober-Richter durch die drei Vertragsmächte nach gemeinsamer Uebereinkunft ernannt werden soll; falls ein Einverständnis zwischen ihnen nicht erzielt wird, soll derselbe durch den König von Schweden und Norwegen ernannt werden. Er soll rechtsverständig und reifen Alters sein und in gutem Rufe bezüglich seiner Ehrenhaftigkeit, Unparteilichkeit und Gerechtigkeit stehen. Seine Entscheidung über Fragen innerhalb seiner Zuständigkeit soll endgültig sein. Er soll durch die samoanische Regierung auf Grund einer Vorsehung über seine in der hier vorgezeichneten Weise erfolgte Ernennung eingesetzt werden; derselbe soll ein jährliches Gehalt von 6000 Dollars in Gold oder entsprechendem Werthe erhalten, welches im ersten Jahre zu gleichen Theilen von den drei Vertragsmächten, späterhin aus den Einkünften Samoas zu zahlen ist, welche für den Gebrauch der samoanischen Regierung bestimmt sind. Aus diesen Einkünften ist das Gehalt des Ober-Richters vor allen anderen Ausgaben zu bestreiten. Ein etwaiger Ausfall soll durch die drei Mächte zu gleichen Theilen gedeckt werden. Die Befugnisse des Ober-Richters sollen im Falle, daß dieses Amt aus irgend einem Grunde unbesetzt ist, durch den Vorsitzenden des Munizipalraths ausgeübt werden, bis ein Nachfolger ordnungsmäßig ernannt und eingesetzt worden ist.

Eine nicht minder wichtige Persönlichkeit wie der Ober-Richter, ist der Vorsitzende des Stadtraths von Apia. Das Wolffsche Bureau hat uns vor drei Tagen, als die Generalakte der Samoa-Konferenz in Washington veröffentlicht war, eine telegraphische Inhaltsangabe übermittelt, in welcher u. A. gesagt war, daß der Präsident des Kommunalraths von den drei Vertragsmächten zu ernennen, und falls darüber ein Einverständnis nicht zu erreichen wäre, von den Königen von Schweden, Holland, vom Kaiser von Brasilien oder von der Schweiz ernannt werden soll. Der betreffende Passus lautet im Original jedoch wesentlich anders:

Der Vorsitzende des Munizipalraths soll ein Mann von reifem Alter sein und in gutem Ruf bezüglich seiner Ehrenhaftigkeit und Unparteilichkeit stehen. Die drei Mächte sollen sich über die Person desselben einigen; falls eine solche Einigung nicht zu Stande kommt, soll er aus den Staatsangehörigen von Schweden, den Niederlanden, der Schweiz, Mexiko oder Brasilien gewählt, durch den obersten Verwaltungsbeamten derjenigen Nation, welcher er angehört, ernannt und durch die samoanische Regierung auf Grund einer Vorsehung über diese Ernennung eingesetzt werden. Derselbe kann nach gemeinsamen Instruktionen der drei Mächte handeln, soll aber von keiner derselben gesonderte Instruktionen erhalten. Er soll sich von dem Geiste und den Vorschriften dieser Generalakte leiten lassen und soll sich bestreben, den Frieden, die gute Ordnung und die Zivilisirung von Samoa zu fördern. Er ist befugt, der samoanischen Regierung, falls es die Umstände erfordern, Rath zu ertheilen und soll dies auf Ersuchen des Königs thun, stets jedoch in Uebereinstimmung mit den Vorschriften dieser Akte und ohne den Rechten einer der Vertragsmächte zu präjudizieren.

Schließlich enthält der Vertrag noch folgende, bisher nicht bekannt gewordene Bestimmung: Auf Verlangen einer der Mächte sollen dieselben nach Ablauf von drei Jahren nach der Zeichnung der Akte gemeinschaftlich erwägen, welche Verbesserungen in den Bestimmungen der Generalakte etwa eintreten sollen. In der Zwischenzeit können etwaige besondere Verbesserungen nach Uebereinkunft der drei Mächte unter Beitritt Samoas angenommen werden.

Portugal.

* **Lissabon**, 21. Januar. Die erste Maßregel von Bedeutung, mit welcher das neue portugiesische Kabinett seine Thätigkeit eingeleitet hat, ist die Auflösung der Cortes. Der Tag des Zusammentritts der neuen Kammern ist auf den 19. April festgesetzt, aber über den Zeitpunkt, zu welchem die Wahlen stattfinden sollen, ist noch keine Bestimmung getroffen. Nach aus Lissabon vorliegenden Drahtberichten sind die Anhänger des früheren Kabinetts durch die Auflösung der Cortes aufs Aeußerste erbittert worden, da sie auf diese Weise in die Lage kommen, sich zu einer Zeit, wo sie alle Volkshämlichkeit im Lande verloren haben, den Wählern zur Wiedewahl vorzustellen. Daß sie auf Erfolge nicht zu rechnen haben, liegt auf der Hand, und gerade dies ist aller Wahrscheinlichkeit nach der Hauptgrund, der das Ministerium Pimentel zu jener Maßregel veranlaßt hat. Das neue Kabinett benutzt die im Lande herrschende Aufregung, um sich die Mehrheit in den Cortes zu verschaffen, und da auch in Portugal die Wahlmaschinerie der jeweiligen Regierung gut zu arbeiten pflegt, so wird ihm das ohne Zweifel gelingen. Es giebt in Portugal zur Zeit fünf Parteien, von denen bisher jedoch nur zwei einen maßgebenden Einfluß auf die Regierung des Landes zu gewinnen vermochten. Diese fünf Parteien sind die Progressisten, die Regeneratoren, die dynastische Linke, die Freihändler und die Republikaner. Die Progressisten entstanden 1876 aus der Verschmelzung der historischen und der reformistischen Partei. Ihr gehörte das bisherige Ministerium an. Jetzt sind die Regeneratoren mit ihrem Führer Serpa Pimentel zur Regierung gelangt. Nach dem Tode des früheren Parteileiters Fontes zogen sich von den Regeneratoren die beiden Gruppen der dynastischen Linken und der Freihändler ab. Führer der Freihändler ist der frühere Minister Thomas Ribeiro, Führer der dynastischen Linken der Exminister Barjona Freitas. Keine dieser beiden Gruppen ist jedoch stark genug, um Einfluß auf die Regierung zu gewinnen. Die Progressisten und Regeneratoren sind weniger durch tiefgreifende

Unterschiede ihres politischen Programms von einander getrennt, als vielmehr durch persönliche Unversöhnlichkeit in Folge ihres langjährigen Kampfes um die Macht. Schon im Jahre 1881 hat ein Streit mit England die Progressisten gestürzt. Die Republikaner haben keinen bestimmten Führer. An ihrer Spitze steht ein Direktorium, welches alljährlich von den Vertretern der verschiedenen Gruppen gewählt wird. Sie sind unter sich durchaus einig, sie besitzen bedeutende Kapazitäten und treffliche Agitatoren, aber es fehlt ihnen ein thatkräftiger Führer, sonst hätten sie in der jetzigen Verwirrung viel größere Erfolge erzielt, als sie es ohne dies schon gethan haben. Denn die Erbitterung über die bisherige Regierungs-politik hat sich zwar soweit gelegt, daß es nicht mehr zu gefährlichen Ausschreitungen kommt, aber sie hält doch an und macht sich in Kundgebungen Luft, die theilweise einen lächerlichen Anstrich tragen. Allen Bekannten, die das Unglück haben, Engländer zu sein, weicht man auf den Straßen schon von Weitem aus; die Geschäftsverbindungen mit England werden abgebrochen, britische Dampfer werden nicht mehr benutzt, britische Orden zurückgeschickt; es heißt sogar, daß der König den Hofenbandorden, den ihm die Königin Viktoria zu-gedacht hatte, abgelehnt habe. Gegen die kleinlichen Kundgebungen der Bevölkerung hat die portugiesische Regierung sich in einer Art Manifest ausgesprochen, das in dem Regierungsorgan veröffentlicht, und in dem darauf hingewiesen wird, daß durch derartige Irrthümer die Sache nur verschlimmert werden und Portugal aufs Empfindlichste geschädigt werden kann.

Rußland und Polen.

© **Petersburg**, 21. Januar. Dem „Ruskiy Inwalid“, einem militärischen russischen Organe, wird über die Rüstungen in Rußisch-Polen in einer Korrespondenz von dort Folgendes mitgetheilt: Die militärischen Kräfte in den Gouvernements des Königreichs sind bedeutend verstärkt, die Organisation der Armee ist einer Reform unterzogen und das Eisenbahnetz vervollständigt worden. Rußland muß jedoch seine Rüstungen im Westen des Reiches noch 4 bis 5 Jahre in gleichem Grade vervollständigen, ehe es mit Aussicht auf ein günstiges Resultat einen Krieg unternehmen kann. — Der „Swiet“, dessen Spezialität der Angriff gegen die deutsche Kolonisation in Süd-Rußland ist, bringt die Nachricht über neuere bedeutende deutsche Erwerbungen im Gouvernement Charkow und wirft die Frage auf: auf welche Weise der weitere Fortschritt der Germanisirung und der Zufluß der Einwanderung im südlichen Rußland aufzuhalten sei. Heute genüge es nicht mehr, ein Verbot zu erlassen, nach welchem Ausländer Grund und Boden in Rußland nicht erwerben dürfen, wenn sie zuvor nicht die russische Staatsangehörigkeit erlangt haben; heute seien schon andere Mittel erforderlich; heute müsse man folgendes Verlangen stellen: Wenn die in Rußland angesiedelten Deutschen Rußland aus Ueberzeugung als ihr neues Vaterland anerkennen, dann müssen sie sich für russische Staatsbürger erachten und unter dem Schutze der russischen Gesetze alle bürgerlichen Pflichten erfüllen. Der „Swiet“ verlangt also, daß die deutschen Ansiedler nicht allein, als etwas rein Aeußerliches, die russische Staatsangehörigkeit erwerben, sondern daß sie auch ihrer Gesinnung nach echte Russen werden. — Zur Unterhaltung der römisch-katholischen Geistlichkeit in Rußland sind in dem Budget pro 1890 an Staatsmitteln ausgelegt 565 954 Rubel, davon 67 687 für das Gouv. Wilna, 87 123 für das Gouv. Kowno, 50 587 für das Gouv. Wolhynien, 30 779 für das Gouv. Grodno, 191 791 für das Gouv. Petersburg (Unterhaltung der Geistlichen-Akademie und Kollegien).

Zur Wahlbewegung.

— Im Wahlkreise Halberstadt-Ochtersleben ist nach dem neu erscheinenden freisinnigen Blatt, der „Halberstädter Presse“, Dr. jur. Preuß in Berlin als freisinniger Reichstagskandidat in Aussicht genommen.

— Im Wahlkreise Naumburg-Weiskensfeld-Stein wurde in einer am Sonntag in Hohenmölsen abgehaltenen Versammlung nach einem Vortrage des Rechtsanwalts Braun-Weiskensfeld Rittergutsbesitzer Koblant als Kandidat der freisinnigen Partei für die bevorstehenden Reichstagswahlen aufgestellt.

Aus der Provinz Posen

und den Nachbarprovinzen.

II **Bromberg**, 23. Januar. [Bürgermeisterwahl.] Am 7. November d. J. ist die zwölfjährige Wahlperiode unseres Ersten Bürgermeisters, des Herrn Oberbürgermeister Bachmann abgelaufen. Bereits heute fand in der Stadtverordnetenversammlung, nachdem in einer vor einigen Tagen abgehaltenen vertraulichen Besprechung der Stadtverordneten diese sich gegen die Wiederwahl des Herrn Bachmann auf weitere 12 Jahre erklärt hatten, die Neuwahl eines Ersten Bürgermeisters statt. Die Wahl fiel, wie bereits telegraphisch gemeldet, auf den Regierungsrath und Mitglied der Eisenbahn-Direktion in Altona Herrn Braesicke. Das Gehalt ist auf 9000 M. festgesetzt. Der Gewählte gehörte schon früher als Bürger unserer Stadt an; er war Mitglied der hiesigen Eisenbahndirektion. Auch ist er Mitglied der Stadtverordnetenversammlung bis zu seiner vor ca. 1 1/2 Jahren erfolgten Versetzung nach Altona gewesen.

E. **Knovrazlaw**, 21. Januar. [Zur Reichstagswahl.] Einbruchsdiebstahl. Zu Kaisers Geburtstag.) Für die demnächst stattfindende Reichstagswahl ist die hiesige Stadt in vier Wahlbezirke eingetheilt worden. Zu Wahlvorstehern sind ernannt worden: im ersten Bezirke, der 3432 Seelen zählt, die Herren Direktor Richard Gelfer und Kupferschmiedemeister Radtke, im zweiten Bezirke, der 3276 Seelen zählt, die Herren Stadtrath von Preuß und Töpfermeister Peters, im dritten Bezirke, der 3376 Seelen zählt, die Herren Stadtrathe Kurzig und Methylhorn, im vierten Bezirke, der 3461 Seelen zählt, die Herren Rittergutsbesitzer Manfred-Guradze und Zimmermeister Richard Volkman. — Ein recht verwegener Einbruchsdiebstahl ist in der vergangenen Nacht bei dem Kaufmann Rob. Voegel verübt worden. Die Diebe haben

sich durch Anbohrungen einer Seitenthüre Eingang zu dem Geschäftslokale zu verschaffen gewußt und haben die Ladentasse, die eine erhebliche Summe enthielt, erbrochen und entleert. Ebenso hatten sie etwa ein Duzend Kisten Zigarren an sich genommen. Von den Einbrechern fehlt jede Spur. — Zu Ehren des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers werden hier an mehreren Stellen Festessen stattfinden.

Posen.

Posen, den 21. Januar.

* **Im Etat des Kultusministeriums** sind unter den laufenden Ausgaben im Kapitel „Evangelische Geistliche und Kirchen“ neu eingestellt ein Zuschuß von 1350 Mark für die evangelische Gemeinde in Rogasen, 1350 Mark Besoldungszuschuß für einen evangelischen Geistlichen in Doborn, 1800 Mark für einen Hilfsgeistlichen in Schildberg, ferner Zuschüsse an die evangelischen Gemeinden Znün 2100 Mark und Kruschwitz 910 Mark.

n. **Der Wirtschafts-Verband**, welcher hier seiner Zeit für Lehrer und Beamte aus Posen und Umgegend gegründet worden ist, hat seine Vorbereitungen nunmehr vollendet und die Thätigkeit dieser Tage begonnen. An die Mitglieder des Verbandes, deren Zahl bereits eine recht beträchtliche ist, sind zur Legitimation den Lieferanten gegenüber „Erkennungskarten“ und zur eigenen Information „Lieferanten-Verzeichnisse“ ausgegeben worden. Das Lieferanten-Verhältnis enthält auf 57 Oktavseiten außer den für die Verbands-Mitglieder erforderlichen informativischen Mittheilungen die Firmen von 87 Lieferanten, mit denen Verträge zur Gewährung eines angemessenen Rabatts abgeschlossen worden sind.

X **Der Wasserstand der Weichsel** betrug in Warschau am 22. d. M. nur noch 9 Fuß 11 Zoll; doch wird in Folge der Regengüsse der letzten Tage ein baldiges Steigen erwartet.

— u. **Verhaftungen**. Wegen Hausfriedensbruchs ist gestern ein ehemaliger Diener von hier festgenommen worden. In einer Schankwirtschaft in der Wasserstraße hatte er in frecher Weise gebettelt. Der Wirth hatte den aufbringlichen Menschen wiederholt fortgewiesen, jedoch ohne Erfolg. — Wegen Diebstahls sind gestern eine Wittve und eine Arbeiterfrau, beide aus Jersik, zur Haft gebracht worden. Dieselben haben Nachmittags auf dem Bahnherrain jede ca. 1/2 Zentner altes Eisen gestohlen und wurden dabei betrogen, als sie es fortzuschaffen wollten. Das Eisen wurde ihnen abgenommen.

* **Aus dem Polizeibericht**. Verhaftet: 4 Bettler und 2 Landstreicher. — Beschlagnahme: ein trichinöses und ein finnisches Schwein. — Nach dem städtischen Krankenhause gebracht wurde eine kranke Frauensperson aus der Bismarckstraße. — Verloren: ein schwarzer Pelztragen auf dem Wege von der Schlosserstraße nach dem Alten Markt. — Gefunden ein Portemonnaie mit Inhalt auf dem Alten Markte und ein goldener Ring in der Magazinstraße.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 24. Januar. [Kammer.] Brequeuil befragt Spuller betreffs der Situation, welche durch das Protektorat Italiens über Aethiopien geschaffen sei, und ob der Regierung über den Vertrag zwischen Italien und den äthiopischen Staaten eine offizielle Mittheilung zugegangen sei. Spuller erwidert, Italien habe der Regierung den Abschluß des Vertrages mitgetheilt, dagegen den Inhalt der letzteren nicht. Die Regierung warte eine amtliche Anzeige des Vertrages ab, um denselben zur Berathung zu bringen. Lockroy wünscht die Anfrage in der Interpellation zu formuliren; auf Wunsch Spullers wird jedoch die Debatte hierüber auf unbestimmte Zeit vertagt.

Paris, 24. Januar. An der Versammlung der Fraktion der Rechten haben nur sechzig Deputirte Theil genommen. Die Beschlüsse gipfeln in der Einsetzung eines Bureaus von 14 Mitgliedern. Die politische Haltung des Vertrages für die Zukunft wurde nicht festgestellt. Pion, der Begründer der konstitutionellen Rechten, erklärte, er repräsentire die Fraktion der konservativen Meinung, welche weder monarchisch noch bonapartistisch sei. Pion wurde hierauf zum Präsidenten gewählt und außerdem ein geheimes Komitee eingesetzt, um die politische Haltung der Rechten festzustellen. Wie verlautet, befinden sich unter den Gegnern Spullers von Abgeordneten auch Ribot, der Vizepräsident der Kammer, und Kasimir Perier, deren Eintritt ins Kabinett bereits mehrfach angeregt worden ist.

London, 24. Januar. Die „Times“ besprechen den Vertrag mit Samoa beifällig. Derselbe lege ein schönes Zeugniß für die Unparteilichkeit des Reichskanzlers ab in allem, was die deutsche Kolonialpolitik angehe. Der Vertrag löse eine schwierige, delikate Frage und dürfe als Muster eines Abkommens seiner Art betrachtet werden. Derselbe scheine auch England alles zu gewähren, was in Samoa beansprucht werde.

Washington, 24. Januar. Das heute hier veröffentlichte Protokoll der Samoakonferenz schließt mit der achtungsvollen Anerkennung seitens der britischen und amerikanischen Bevollmächtigten über die wirksame und unparteiische Leitung der Verhandlungen durch Graf Herbert v. Bismarck als Präsident der Konferenz.

Rotterdam, 24. Januar. Im Stadtschloffe fand heute die Weihe der neuen Standarte des Garderegiments statt, welcher das Kaiserpaar mit den drei ältesten Prinzen, die Kaiserin Friedrich mit ihren Töchtern, das Prinzenpaar Albrecht, der Großherzog von Baden, Graf Moltke und andere hervorragende militärische Persönlichkeiten bewohnten. Bei der Weihe sagte der Feldprobst Richter: „Ich weihe die Standarte pro patria et gloria als ein Denkzeichen der großen Vergangenheit und als ein Lehrzeichen für alle Zeiten.“

Handel und Verkehr.

** **Berlin**, 23. Januar. Nach amtlicher Feststellung seitens der Aeltesten der Kaufmannschaft kostete Spiritus loco ohne Faß frei ins Haus oder auf den Speicher geliefert, per 100 Liter à 100 Prozent.

Unversteuert, mit 50 M. Verbrauchsabgabe:

Am 17. Januar 1890 52 M.; am 18. Januar 52 M. 30 Pf.; am 20. Januar 52 M. 60 Pf.; am 21. Januar 52 M. 90 Pf.; am 22. Januar 52 M. 70 Pf.; am 23. Januar 53 M.

Unversteuert, mit 70 M. Verbrauchsabgabe:
Am 17. Januar 1890 32 M. 50 Pf.; am 18. Januar 32 M.
60 Pf.; am 19. Januar 32 M. 80 Pf.; am 20. Januar 32 M. 90 Pf.; am 21. Januar 33 M. 60 Pf.; am 22. Januar 33 M. 40 Pf.; am 23. Januar 33 M. 60 Pf.

Angekommene Fremde.

Posen, 24. Januar.

Theodor Jahns — Hotel garni. Die Kaufleute Fuchs aus Wittom, Ludwig aus Lauban und Graul aus Breslau, Steuerbeamter Rodloff aus Hamburg, Gutsbesitzer Schumann aus D.-Rhoden, Schulinspektor Hartlich und Fabrikbesitzer Ruhland aus Pabstsch.

Hotel Concordia — P. Röhr. Die Kaufleute Seimacht aus Angsburg, Epstein, Ehrlich und Mers aus Breslau, Miodowski aus Weichen und Mostkiewicz aus Berlin, Privat. Frau Sellig aus Halberstadt und Wirthschafts-Insp. Grabel aus Pignitz.

Graefe's Hotel Bellevue. Die Kaufleute Neumann aus Breslau, Fink und Brandt aus Berlin und Meyer aus Hannover.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Zuschneider Friedeberg aus Berlin, die Kaufleute Lindenstädt aus Berlin, Meß aus Würzburg, Lajer und Regler aus Breslau, Böcker aus Reichenbach, Weber aus Lebnitz.

Vom Wochenmarkt.

s. Posen, 24. Januar.

Die Zufuhr in Getreide war nicht von Belang. Der Zentner Roggen 8,50—8,60 M., Weizen 8,50 M., feiner über Notiz. Gerste 7,50 M., feine über Notiz. Hafer 8 M. Blaue Lupine 6—6,50 M. Heu schwer verkäuflich, weil vom Regen durchnäßt. Kartoffeln der Ztr. 1,20—1,30 M., zum Schluß des Marktes 1,10—1,20 M. Das Pf. Butter 1—1,10 M., gut begehrt. Eier knapp, die Mandel 75 Pf. Geflügel im Ganzen nicht stark angeboten. 1 Paar Hühner 2—3,50 M., 1 Paar Enten 2,75—3,50 M. Gänse 3,75—9,50 M. 1 Putz- bahn 5,50—9,50 M. Geschlachtete Ferkel das Pf. 55—60 Pf. Der Liter Milch 12—14 Pf. Das Pfund Aepfel 10—20 Pfennige. Grünzeug nicht viel, den Bedarf kaum deckend. Der Auftrieb in Ferkeln auf dem Viehmarkte genügte, der Zentner wurde mit 44—46 M. Lebend-Gewicht bezahlt, leichte Waare von 42—44 M. Jungschweine und Ferkel sehr knapp, ein Paar Ferkel, 8—9 Wochen alt, 27—28 M. Hammel, das Pfund Lebend-Gewicht 20 bis 22 Pf. Kälber, das Pfund Lebend-Gewicht 25—28 Pfennige. Rinder standen 40 und einige Stück zum Verkauf, leichtes und mittelmäßiges Schlachtvieh, Kühe, Ochsen und einiges Jungvieh im Preise von 20—26 M. pro Zentner Lebend-Gewicht. Milchkuhe, Landrassen, auch ostpreussischer und holländischer Abstammung, von 120—230 M. Es wurde nicht alles verkauft. Der Fischmarkt hatte heute ein sehr starkes Angebot. Das Pfund lebende Hechte 55—60 Pf., Karpfen 60—70 Pfennige, Barben 55—60 Pf., frisch abgetorbene, das Pfund 30 Pf. Karauschen 40—45 Pf., Bleie 30—35 Pf., das Pfund Barbe 40 Pfennige, frisch abgetorbene 20 bis 25 Pf., Quappen 50—55 Pfennige. Die Mandel grüne Heringe 25 Pf. Das Geschäft verlief recht lebhaft. Der Fleischmarkt war recht gut besucht, das Geschäft entwickelte sich flott und rege. Das Angebot auf dem Schapaplatz war ebenfalls recht reichlich, besonders in Butter, das Pfund 1—1,10 M., darunter schöne Dichtbutter, die selbst der feinsten Dominalbutter in der Qualität nichts nachgab. Eier, die Mandel

75 bis 80 Pfennige. Hagen, pro Stück 2—3,50 M. Geflügel über den Bedarf. Ein Paar Enten bis 3,75 M. Ein Paar Hühner bis 3,50 M. Ein Putz- bahn 4,50 bis 9 M. Eine Gans 3,50 bis 9,50 M. Geschlachtete Ferkel das Pfund 50—55 Pf.

Amthlicher Marktbericht der Marktkommission in der Stadt Posen vom 24. Januar 1890.

Gegenstand.	gute W.	mittl. W.	gering. W.	Mittel.
Weizen	höchster	18 80	18 20	18 38
niedrigster	pro	18 60	17 90	
Roggen	höchster	17 —	16 80	16 83
niedrigster	100	16 90	16 60	
Gerste	höchster	16 —	15 —	15 25
niedrigster	Kilo-	15 50	14 50	
Hafer	höchster	16 —	15 —	15 23
niedrigster	gramm	15 50	14 40	

Andere Artikel.

Stroh	höchst.	niedr.	Mittel.	Stroh	höchst.	niedr.	Mittel.
Nicht-	7 50	7 —	7 25	Bauchfl.	1 20	1 —	1 10
Krumm-	6 —	5 75	5 88	Schweine-	1 40	1 20	1 30
Heu	—	—	—	Kalbfl.	1 20	1 10	1 15
Erbfen	—	—	—	Hammelfl.	1 20	1 10	1 15
Linjen	—	—	—	Speck	1 80	1 60	1 70
Bohnen	—	—	—	Butter	2 40	1 80	2 10
Kartoffeln	3 —	2 40	2 70	Rind-Nieren-	1 —	80 —	90 —
Rindfl. v. d.	1 40	1 20	1 30	Tierpr. Schf.	2 80	—	2 80
Reule v. 1 kg	—	—	—				

Marktbericht der Kaufmännischen Vereinigung.

Posen, den 24. Januar.

	feine W.	mittl. W.	ord. W.
Weizen	19 M. 10 Pf. 18 M. 60 Pf. 17 M. 50 Pf.		
Roggen	17 —	16 —	16 —
Gerste	17 =	16 =	16 =
Hafer	16 =	15 =	14 =
Kartoffeln	2 =	2 =	2 =

Die Marktkommission.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1890.

Datum	Barometer auf 0	Wind	Wetter	Temp.
Stunde	Gr. red. in mm.			i. Cels.
23. Nachm. 2	737,2	SW mäßig	bedeckt	+ 2,3
23. Abends 9	728,6	W stark	bedeckt	+ 1,0
24. Morgs. 7	729,8	W frisch	bedeckt	+ 3,9

1) Von 4 Uhr an Regen.

Am 23. Januar Wärme-Maximum + 2,7° Cels.

Am 23. = Wärme-Minimum + 0,6° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 23. Januar Mittags 1,80 Meter.

= 24. = Morgens 1,86 =

= 24. = Mittags 1,90 =

4. Klasse 181. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 23. Januar 1890. — 9. Tag Nachmittags.

Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. — (Ohne Gewähr.)

31 94 217 (1500) 81 301 403 544 46 (1500) 624 70 856 1219 350

445 610 867 89 2328 407 97 599 666 784 850 964 3003 100 22 (300)

59 235 60 428 79 4019 73 106 390 (3000) 586 843 977 5053 524 32 70 76

742 53 6006 10 126 292 323 32 88 82 440 527 (1500) 63 300 45 73 77

713 67 895 967 77 7135 60 313 458 79 (1500) 752 917 8214 36 87

365 549 (500) 83 620 807 973 84 9063 175 236 306 48 403 555 672

836 (3000) 57 83 955

10179 314 422 45 71 647 70 816 74 11136 69 444 67 534 36 728

853 72 913 90 12028 (300) 44 236 42 63 78 696 710 44 820 921 13170

268 392 558 842 906 31 14027 (3000) 38 204 380 82 (1500) 413 528

679 (500) 15042 349 522 611 781 868 961 70 16014 81 89 265 361 476

648 703 938 96 17162 86 98 278 91 364 77 97 457 943 18060 61 124

354 (3000) 98 612 751 801 83 19261 300 37 405 40 564 888 929 59

20000 37 48 374 482 580 709 97 800 943 21002 135 215 45 75

448 62 582 955 22130 209 893 98 (300) 503 54 (500) 85 97 607 95 724

46 54 810 52 68 930 93 23063 130 76 99 280 377 619 34 41 (3000) 721

888 978 24019 59 271 358 80 (500) 94 515 24 32 743 801 8 932 59

(3000) 97 25091 97 232 377 435 77 508 25 624 794 892 978 26037 38

146 228 378 428 530 941 27213 (15000) 479 518 25 714 (300) 19 83

857 99 920 (3000) 28062 78 292 481 577 657 858 29024 (1500) 32 421

508 26 65 94 684 766 91 866

30184 203 16 18 349 441 513 38 73 606 31 35 66 972 31156 64

624 74 782 819 24 943 23065 106 60 205 310 18 548 606 761 33171

310 34 96 895 34014 84 144 98 228 97 430 (300) 530 92 602 30 (500)

98 703 22 826 50 52 56 35148 256 329 461 504 621 48 33604 91 338

408 10 505 98 779 80 97 837 53 927 37169 223 60 368 85 90 439 560

88 691 715 51 869 905 48 33209 (300) 319 (500) 27 572 731 94 (3000)

932 52 90 39261 336 66 462 510 65 620 760 91 92 851

40001 (300) 107 87 439 (1500) 71 73 552 91 95 698 738 845 63

41094 158 83 (100000) 240 518 (1500) 91 637 726 42155 391 440 88

94 621 720 944 70 94 43002 71 102 38 230 38 39 425 643 893 937

44039 115 53 230 74 309 499 526 92 681 944 45262 444 48 682 86 735

910 16152 58 274 307 608 27 70 782 877 (500) 915 34 47088 300 356

516 83 98 681 789 48044 70 212 24 41 369 451 531 771 (3000) 49098

269 814

50295 304 60 524 91 651 70 846 92 913 34 51041 84 93 265 90

769 93 852 52012 124 (300) 227 376 (500) 407 71 628 758 869 921 38

53032 98 138 53 317 32 62 413 52 530 87 760 (3000) 987 54145 238

433 48 587 704 971 55061 65 182 21 (500) 80 632 37 782 851 978 56040

138 383 553 675 739 829 57118 26 (1500) 88 311 428 68 609 88 882

956 65 86 58045 63 207 69 438 84 604 22 (1500) 72 92 999 59019 77

304 554 884 948 (1500)

60076 272 99 352 (3000) 93 463 508 9 77 761 73 79 933 61130 48

65 91 366 539 52 639 56 66 75 834 965 62085 (1500) 131 336 464 532

86 613 753 837 87 972 76 63070 180 266 454 619 27 50 808 84 64190

263 456 508 78 714 62 932 56 65035 309 465 570 667 92 898 951

66091 129 92 553 61 72 612 865 67053 216 18 27 72 662 870 68016

33 203 (1500) 393 401 608 39 896 962 69085 566 638 80 702 60 946

70087 126 87 307 444 508 61 621 74 829 38 72 92 7130 142 53

379 537 614 714 27 (3000) 51 824 (500) 62 987 72002 125 47 99

300 421 500 (1500) 651 785 888 978 73010 22 89 150 53 92 628 720 66

75 918 74 74122 204 26 811 616 (500) 649 729 811 67 913 24 75077 195

276 318 421 49 802 975 76147 305 (3000) 451 516 68 720 (300) 85

77073 262 67 306 40 542 91 98 (500) 609 852 989 78112 436 554 80

605 705 48 60 858 65 79001 40 154 97 504 50 57 690 721 812 28 66

80013 15 26 76 171 356 62 81 (1500) 492 518 33 45 702 54 888

81011 38 117 26 97 234 468 91 97 98 575 80 602 23 736 82052 64

248 97 (300) 358 88 507 32 59 657 63 750 866 (3000) 83027 115 90

628 34 872 75 947 56 88 84013 (3000) 150 208 535 (500) 77 687 95 774

844 72 (3000) 85006 38 146 219 373 412 39 (300) 510 93 684 840 934

82 86037 63 167 234 37 (1500) 304 401 423 540 44 53 691 727 809 72

(300) 943 87088 89 96 338 406 44 512 37 732 (500) 42 817 55 88023

60 108 352 (1500) 403 28 31 505 11 99018 (1500) 59 318 76 687

90011 78 168 96 240 77 335 77 460 539 853 919 42 (3000) 91013

32 57 (3000) 88 157 302 406 30 697 881 92031 196 238 (1500) 40 305 11

13 458 561 729 865 967 98072 86172 238 76 308 89 574 630 778 824

94125 255 387 440 554 916 37 95016 30 298 601 (1500) 776 (300) 884

96089 81 294 (1500) 508 692 95 881 82 943 71 97052 169 72 82 86

Börse zu Posen.

Posen, 24. Januar. [Amthlicher Börserbericht.]
Spiritus. Gefündigt —. L. Ründigungspreis (50er) 51,10,
(70er) 31,60. (Foto ohne Faß) (50er) 51,10, (70er) 31,60.
Posen, 24. Januar. [Börserbericht.]
Spiritus fester. (Foto ohne Faß) (50er) 51,10, (70er) 31,60.

Börser-Telegramme.

Berlin, den 24. Januar. (Telegr. Agentur B. Heilmann, Posen.)

Weizen befestigend	Not. v. 23.	Spiritus fest	Not. v. 23.
pr. April-Mai	202 25	70er loco o. Faß	33 90
„ Juni-Juli	201 75	70er Dez.-Januar	33 10
Roggen still		70er April-Mai	33 70
„ April-Mai	176 —	70er Juni-Juli	35 30
„ Juni-Juli	174 —	50er loco o. Faß	53 10
Rübol still			
pr. Januar	68 60		
„ April-Mai	63 70		
Hafer			
pr. April-Mai	164 25		

Ründigung in Roggen — Wipl.
Ründigung in Spiritus (70er) —, 000 Liter, (50er) —, 000 Liter.

do.	Not. v. 23.	do.	Not. v. 23.
70er loco	33 70	70er loco	33 60
70er Januar	33 —	70er Januar	33 20
70er Januar-Febr.	33 —	70er Januar-Febr.	33 —
70er April-Mai	33 60	70er April-Mai	33 60
70er Aug.-Septbr.	35 20	70er Aug.-Septbr.	35 30
50er loco	52 50	50er loco	53 —

Konsolidirte 4½ Anl. 106 60	Not. v. 23.	Konsolidirte 4½ Anl. 106 60	Not. v. 23.
3½ 103 10	103 —	3½ 103 10	103 —
Boj. 4½ Pfandbriefe 101 —	101 —	Boj. 4½ Pfandbriefe 101 —	101 —
Boj. 3½ Pfandbr.	99 80	Boj. 3½ Pfandbr.	99 80
Boj. Rentenbriefe 104 20	104 10	Boj. Rentenbriefe 104 20	104 10
Deutr. Banknoten 173 —	172 95	Deutr. Banknoten 173 —	172 95
Deutr. Silberrente 76 40	76 30	Deutr. Silberrente 76 40	76 30
Russ. Banknoten 224 95	224 85	Russ. Banknoten 224 95	224 85
Russ. 4½ Pfandbr.	99 75	Russ. 4½ Pfandbr.	99 75

Östpr. Südb. G. S. M.	86 50	86 90	Schwarzkopf	254 75	255 —
Mainz Ludwigsh. dto	122 50	123 —	Königs- u. Laurah.	173 90	172 —
Mariemb. Mlaw. dto	57 75	57 90	Dortm. St. Pr. La. M.	122 —	121 40
Italienische Rente	94 50	94 30	Kniowarzl. Steinpalz	58 —	58 90
Russ. 4½ konj. Anl. 1880	94 25	94 10	Ultimo:		
dto. zw. Orient-Anl.	70 50	70 30	Dur- u. Bodenb. Eisb. M209	60	209 30
dto. Bräm.-Anl. 1866	159 —	162 —	Eisethalabahn	" "	99 40
Rum. 6½ Anl. 1880	103 90	103 75	Galizier	" "	81 25
Türk. 1½ konj. Anl.	17 75	17 75	Schweizer Etr.	" "	146 50
Pof. Provinz. B. M.	116 75	116 50	Verf. Handelsgef.ell.	197	197 75
Landwirtschft. B. M.	— —	— —	Deutsche B. M.	178	178 75
Pof. Swiftfabr. B. M.	— —	— —	Diskontokomm. an d. d. 248	60	248 —
Gruson Werke	183 —	182 —	Russ. Bank f. ausw. S.	76 50	76 50
Nachbörse:	Staatsbahn	98 25,	Kredit	179 60,	Diskonto-
Rom.	248 40				